AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Nicaragua

2025

Die Unterdrückungsmuster verfestigten sich weiter, einschließlich willkürlicher Entzug der Staatsangehörigkeit, unangemessener Beschränkungen der Freizügigkeit, willkürlicher Inhaftierung und des Verschwindenlassens von Dissidenten sowie schwerwiegender Einschränkungen der Meinungs- und Religionsfreiheit. Die autoritären Praktiken bei der Schließung des Bürgerraums hielten an, einschließlich der Aufhebung des rechtlichen Status und der Beschlagnahme von Vermögenswerten sozialer Organisationen.

Hintergrund

Die Behörden genehmigten eine Verfassungsreform, die das Folterverbot beseitigte und die doppelte Staatsangehörigkeit einschränkte. Gleichzeitig erweiterte der Staat seinen repressiven Apparat, indem er eine „patriotische militärische Reserve“ schuf und Tausende von freiwilligen Polizisten vereidigte. Nicaragua kündigte auch seinen Rückzug aus dem UN-Menschenrechtsrat an und setzte die Zusammenarbeit mit multilateralen Gremien aus. Dennoch hat die internationale Gemeinschaft ihre Initiativen zur Rechenschaftspflicht beibehalten und das Mandat der Gruppe der Menschenrechtsexperten für Nicaragua (GHREN) um zwei Jahre verlängert.

Unterdrückung von Dissens/Meinungsfreiheit

Die willkürliche Inhaftierung von Dissident/innen oder wahrgenommenen Gegner/innen des Regimes hielt an. Lokale Organisationen registrierten mehr als 50 Fälle während des Jahres und der „Mechanismus für die Anerkennung politischer Gefangener“, ein zivilgesellschaftliches Überwachungsnetzwerk, dokumentierte, dass mindestens 60 Menschen im Dezember aus politischen Gründen ihrer Freiheit beraubt blieben, von denen sich mehrere in einer Situation des Verschwindenlassens aufgrund der Verschleierung ihres Aufenthalts und der Verweigerung von Besuchen befanden. GHREN warnte, dass das Wiederaufleben des erzwungenen Verschwindenlassens eine der besorgniserregendsten Entwicklungen sei, die seit Beginn ihres Mandats beobachtet wurden.

In Kuba, Nicaragua und Venezuela waren Menschen, die als regierungskritisch galten, besonders stark von Folter und anderen Misshandlungen bedroht. Die Aufhebung von Artikel 36 der Verfassung in Nicaragua, der Folter ausdrücklich untersagte, schwächte die bestehenden Schutzmaßnahmen und erhöhte das Risiko für die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit inhaftierter Personen.

Die IACHR (Interamerikanische Kommission für Menschenrechte) verurteilte die Todesfälle in Gewahrsam von **Carlos Cárdenas Zepeda** und **Mauricio Alonso Petri** am 29. und 25. August 2025 und forderte sofortige, unparteiische und wirksame Ermittlungen. **Carlos Cárdenas Zepeda** und **Mauricio Alonso Petri** wurden willkürlich inhaftiert, weil sie als Gegner des nicaraguanischen Regimes bekannt waren.

Das ganze Jahr über forderte die IACHR auch, dass der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte vorläufige Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Integrität verschiedener Inhaftierter verlängert. Am 4. Februar ordnete das Gericht die Freilassung des Journalisten **Catalino „Leo“ Cárcamo** wegen der ernsthaften Gefahr einer irreparablen Schädigung seiner Rechte an. Er wurde aus dem Gefängnis entlassen und im November unter Hausarrest gestellt, obwohl dies seine Rechte weiterhin einschränkte.

https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/nicaragua/report-nicaragua/

https://www.amnesty.de/amnesty-report/regionalkapitel-amerika-2025

https://www.oas.org

IACHR Press Office/cidh-prensa@oas.org